Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn

André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 6./7./14. Mai 2025

Nach den Kantonsratswahlen im März war die Mai-Session nun die erste Session der neuen Legislatur. Wir starteten mit einem traditionellen, ökumenischen Gottesdienst in der St. Ursen-Kathedrale. Anschliessend ging es im Kantonsratssaal weiter, wobei zuerst viele verschiedene formelle Geschäfte – wie Ansprachen und Wahlen – «abgearbeitet» werden mussten.

Als Folge meines Auftrages «Bestattung von Sternenkindern», welcher in der März-Session 2024 einstimmig überwiesen wurde, hat der Regierungsrat nun einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt. Dieser war unbestritten und so wurde die Gesetzesergänzung einstimmig verabschiedet. Nun ist gewährleistet, dass die Bestattung von Sternenkindern zukünftig in jeder Solothurner Gemeinde möglich wird. Somit ist dieses Anliegen erfolgreich umgesetzt – die EVP konnte einmal mehr Akzente in der Solothurner Kantonspolitik setzen. Wie bereits bei der Diskussion des Auftrages herrschte auch dieses Mal eine andächtige Ruhe im Saal.

Vor genau einem Jahr habe ich eine kleine Anfrage zum Thema «Handy-Verbot an Schulen» eingereicht. Unter anderem habe ich damals die Frage gestellt, an welchen Schulen ein solches Verbot bereits umgesetzt wird und welche Erfahrungen damit gemacht wurden. Leider hat der Regierungsrat den Ball nicht aufgenommen und ist nicht wirklich auf die Fragen eingegangen, was ich bedaure, denn sonst hätten wir bei einem SVP-Auftrag, welcher ein generelles, kantonales Handy-Verbot an Schulen forderte und nun auf dem Tisch lag, eine bessere Grundlage für die Diskussion gehabt. Das Thema wurde sehr emotional und umstritten debattiert. Einig war man sich, dass Handys in Schulzimmer und auf Pausenplätzen nichts zu suchen haben. Unterschiede gab es bei der Frage, ob es dafür ein kantonales Verbot braucht oder ob die Regelung Sache der einzelnen Schulen bleiben soll. Am Schluss wurde der Auftrag doch relativ deutlich im Verhältnis 1/3 zu 2/3 abgelehnt.

Besprochen wurde mein Auftrag für ein Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigarettten. Einweg-E-Zigaretten bedeuten nicht nur eine Gefahr für die Jugendlichen, sondern verursachen für die Gesellschaft insgesamt Schäden, sei es durch die Verschmutzung der Umwelt aufgrund unsachgemässer Entsorgung oder aufgrund der Folgeschäden und Kosten von suchtbelastenden Personen – soweit waren wir uns im Kantonsrat einig. Mit der Argumentation, dass ein nationales Verkaufsverbot angestrebt werden müsse, lehnten aber sowohl Regierungsrat wie auch die vorberatende Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) das Anliegen ab. Genau gegenteilig argumentierte ich zusammen mit den übrigen Befürwortern: «Wer für ein nationales Verkaufsverbot ist, der muss heute unbedingt Ja sagen, weil so der Druck für ein nationales Verbot zunimmt. Mit einem Nein würde genau das Gegenteil bewirkt.» Dass es knapp werden würde, war vorhersehbar und daher der Ausgang bis zum Schluss ungewiss. Schliesslich reichte es aber mit 48 zu 44 (bei 3 Enthaltungen), wobei ein paar Stimmen aus eher unerwarteter Ecke – der SVP – mitgeholfen haben.

In Kürze

Drei Vorstösse hatten zum Ziel, den Ratsbetrieb «effizienter» zu machen. Zwei davon wurden angenommen, einer abgelehnt. Bewilligt wurde ein Verpflichtungskredit zur Entwicklung des Bahnhofs Solothurn Süd. Hierzu kommt es noch zu einer Volksabstimmung.

Die nächste Session findet am 24./25. Juni und 2. Juli 2025 statt.

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

André Wyss

Persönlich

Fraktionssprecher war ich bei «meinen» beiden Geschäften, bei den **«Sternenkindern»** und bei den **«Einweg-E-Zigaretten»**.

Ein Einzelvotum hielt ich zum Auftrag **«Religionsunterricht an Schulen»**. Hier setzte ich mich dafür ein, dass unterschieden werden soll zwischen dem bekenntnisunabhängigen Unterricht für alle Schüler im Rahmen des ordentlichen Unterrichts, und dem konfessionellen Unterricht der öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen – es soll nicht um «entweder-oder» gehen.

Da der früher eingereichte Auftrag **«Unterstützung von pflegenden Angehörigen»** keine Chance auf einen Erfolg hatte, habe ich diesen zurückgezogen. Quasi als «Folgeauftrag» habe ich aber einen Vorstoss eingereicht, der dafür sorgen soll, dass private Spitex-Organisationen sich nicht zu Lasten der Allgemeinheit bei der Anstellung von pflegenden Angehörigen «bereichern» können.

Bei einem weiteren neu eingereichten Auftrag geht es um **«faire Wahlen»**. Die Wahlen in Olten überschneiden sich mit den Kantonsratswahlen und können (und werden) daher vereinzelt als zusätzliche «Werbeplattform» missbraucht. Dies ist unfair gegenüber den Wählern und der übrigen Kandidaten.